

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 74 (1980)
Heft: 9

Rubrik: Zeichen der Zeit : die Wut der Betonkinder

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

werden können. Derartige Aktionen müssen etwas bewirken (zum Beispiel wirtschaftlich) und müssen vor allem zu persönlichen Erfolgserlebnissen für die an der Aktion Beteiligten führen können.

— Wir müssen an der politisch-klassischen Lobbyarbeit dosiert teilnehmen.

— Wir müssen breite Kampagnen vorbereiten, welche ein einfaches Thema aus der ganzen Problematik herausgreifen und damit zu überzeugen vermögen.

— Wir müssen dazu beitragen, daß das Thema Finanzplatz Schweiz kontinuierlich medienpräsent ist.

Zusammengefaßt geht es darum, Politik zu machen in einem Bereich und mit Methoden, welche nicht die kommerzialisierte politische Werbung der Banken zu konkurrenzieren versucht. Wir sollten uns vielmehr darauf konzentrieren, den kritischen Teil der Bevölkerung in der eigenen Ueberzeugung zu stärken, ihm Mut zu machen, sich einzumischen und mitzureden.

WILLY SPIELER

Zeichen der Zeit

Die Wut der Betonkinder

Zürichs Jugend — und nicht nur sie — ist erwacht, Zürichs Politik — und nicht nur sie — herausgefordert, die Frage unserer Solidarität gestellt. Ein Begriff wie «Tendenzwende» ist über Nacht aus dem politischen Vokabular verschwunden. Die Nacht ist datierbar: vom 30. auf den 31. Mai, als erstmals 200 Jugendliche gegen eine Stadt demonstrierten, die unfähig scheint, für die kulturellen Bedürfnisse der Jugend einen geeigneten Rahmen zu finden, aber sehr wohl fähig, 60 Millionen für die Sanierung ihres Opernhauses zu verschleudern. Seither kommt Zürich nicht mehr zur Ruhe. Gegen ein Demonstrationsverbot des Stadtrates protestieren am 21. Juni 7000 «Unzufriedene». Und auch die zwölfstündige Treibjagd vom 12. Juli gegen wahllos alles, was sich bewegt, kann neue Demonstrationen nicht verhindern. Mit Polizeieinsätzen ist Resignation offenbar nicht wiederherzustellen.

«Packeis»

Komplex sind die Ursachen des Jugendbebens. Die Forderung nach autonomen Freiräumen ist nicht zu trennen von einem tiefwurzelnden Unbehagen an unserer Gesellschaft. Denselben Hintergrund haben auch scheinbare Nonsense-Parolen wie: «Freiheit für Grönland — schmelzt

das Packeis!» Grönland ist Zürich, Packeis die Empfindung, die sowohl Kälte als auch Eingeschlossensein zum Ausdruck bringt. Ganz im Sinne jenes Bauern aus Hofstetten, der im Kantonsrat ausrief: «Wenn ich in diesen Betonblöcken leben müßte, würde ich auch demonstrieren.»

Nicht mehr zu übersehen ist der zunehmende Leistungs- und Leidensdruck, dem junge Menschen unterliegen. Rezession geht einher mit Repression, macht die Lehrstellen knapp, die Ausbeutung der Lehrlinge möglich, den Dauerstreß zum Ueberlebensprinzip. Gegenüber der ständigen Plackerei durch Zensuren, Demütigungen und Rechtlosigkeit gibt es nur Resignation oder Auflehnung. Die Resignation haben wir in den letzten Jahren zur Genüge kennengelernt. Sie bedeutet nicht nur Ersatzbefriedigung durch käuflichen Konsum, nicht nur innere Emigration, sondern auch Aggression nach innen: depressive Gewalt gegen sich selbst: Alkohol, Drogen, Selbstmord (Zürichs Selbstmordrate ist eine der höchsten auf der ganzen Welt). Auflehnung kehrt diese Aggression nach außen. Sie gilt es zu verstehen und nicht mit dem Polizeiknüppel, diesem verlängerten Zeigefinger des ewig nörgelnden und drohenden Vaters, «im Keime zu ersticken». Wer der Jugend statt Brot nur Steine reicht, muß sich nicht wundern, wenn diese auch einmal zurückfliegen.

Zu Unrecht wird die «Jugendbewegung» als «verschwindend kleine Minderheit» abgetan. Tatsache ist, daß weite Teile der Jugend sich gegen einen gesellschaftlichen Anpassungsprozeß auflehnen, der damit endet, «eines Tages Beton und verkrüppelte Menschen als natürlich zu empfinden», wie ein Bauzeichner-Lehrling in seinem Aufsatz für die SAJV (vgl. NW 1980 240) schreibt. Tatsache ist auch, daß etablierte Jugendvertreter sich kaum von der «Jugendbewegung» distanzieren. Und selbst Erwachsene können im «Packeis» ihre eigene Situation wiedererkennen: Auch sie leiden unter nicht befriedigten Grundbedürfnissen, unter der Einbetonierung ganzer Quartiere, unter dem Mangel an preisgünstigem Wohnraum, unter der Entfremdung der Arbeit. Auch Erwachsene üben Stimmabstinenz. Auch unter Erwachsenen nimmt die Zahl der «Aussteiger» ständig zu. (BBC klagt bereits über mangelnden Nachwuchs an Ingenieuren.) Auch Erwachsene werden an dieser Gesellschaft krank. (Im Buch «Mars» entnimmt Fritz Zorn seiner Krebskrankheit das «Urteil über die Gesellschaft, die Unterdrückung nötig hat und Gefühllosigkeit nötig macht».)

«Grönland»

Die «Zürcher Unruhe» ist nicht zufällig in der Stadt mit der wohl reaktionärsten Variante des schweizerischen Bürgertums ausgebrochen.

«Im liberalen Basel konnte ich einst Radikaldemokrat sein, in Zürich Freisinniger zu sein wäre für mich fast undenkbar», schreibt Hans Tschäni im «Tages-Anzeiger» (24. Juli). Das Jugendbeben ist die Reaktion auf die Reaktion, in seiner oft sprachlosen Wut die Widerpiegelung herrschender Dialogunfähigkeit, noch in seinen Ausschreitungen ein — wie Ragaz sagen würde — Gericht über die Konsumexzesse dieser Stadt.

Statt hinzuhören, was die Jugendlichen bewegt, statt sich durch die Jugendbewegung auch nur ein klein wenig in Frage stellen zu lassen, statt einzusehen, daß die Straße für die unterprivilegierte Jugend die letzte gewaltfreie Möglichkeit ist, sich Gehör zu verschaffen, fällt das Besitzbürgertum über die Demonstranten her und läßt sie durch gutbezahlte Journalisten als «Pöbel», «Drachensaft» oder als «Kriminelle» beschimpfen. Nur, wer so reagiert, schafft nicht Ruhe und Ordnung, sondern die beste Voraussetzung, daß aus friedlichen Demonstranten eines Tages gewalttätige Terroristen werden.

Dialogunfähigkeit paart sich mit faschistischen Reaktionsmustern. In der NZZ wird bereits von «einem generellen Verbot der Ansammlung von mehr als fünf Personen auf dem öffentlichen Grund der Zürcher Innenstadt» (24. Juli) geschrieben. Die Leitartikler stellen den Jugendlichen nach «Auflösung dieser Rechtsordnung» ein «bitteres Erwachen» (20. Juni) und «noch ganz andere Gefahren» (28./29. Juni) in Aussicht. Etwas deutlicher wird der «Trumpf Buur», der in seinem Juni-Inserat den Jugendlichen eine Bürgerwehr androht — wie sie an der Berner Demonstration vom 5. Juli prompt in Erscheinung trat, von der Polizei unbehelligt, wenn nicht ermuntert.

In dieser Situation gehen Stadträte schon «viel zu weit», wenn sie an der Vollversammlung der Jugendlichen teilnehmen und dort am 4. Juni erklären: «Es ist nicht selbstverständlich, daß wir gekommen sind.» Es ist in der Tat «nicht selbstverständlich», daß Pflastersteine mehr zuwege bringen als jahrelang vorgetragene Argumente. Der Druck, unter dem der Stadtrat für gewöhnlich zu handeln pflegt, kommt «selbstverständlich» nicht von der Straße.

«Seifenblasen»

«Rechtsstaat» heißt das neue Dogma von der bürgerlichen Unfehlbarkeit. Was der «Rechtsstaat» vorschreibt, ist automatisch Recht, auch wenn es der Solidarität mit Randgruppen im Wege steht. Nur was der «Rechtsstaat» durchsetzt, und sei es durch brutalen Polizeieinsatz, beweist, «was recht und unrecht ist» (NZZ vom 20. Juni). Darum darf auch Kirche nicht der Ort sein, wo Verfolgte Schutz finden. Ein solches Asylrecht wäre das Eingeständnis, daß Unrecht auch im Rechtsstaat

möglich ist. Dem echten Rechtsstaat, der Amtswillkür verhindern und überhaupt die Macht des Staates begrenzen will, stünde dieses Eingeständnis sehr wohl an. Nicht so dem «Rechtsstaat», durch den das Besitzbürgertum seine Interessen ideologisch erklärt. Es ist diese Rechtsstaats-Ideologie, die zum Beispiel den Pressedienst «spk» sagen läßt, daß «Willkür heute bei uns nicht besteht», da die Regierung «vom Volk gewählt» und «vom Parlament kontrolliert» werde (Zürichsee-Zeitung vom 17. Juli). Muß es so weit kommen, daß sich die Demokratie von der Diktatur nur noch durch die Quantität der Herrschenden und nicht mehr durch die Qualität der Herrschaft unterscheidet, daß Ordnung die legalisierte Unordnung, Ruhe die unterdrückte Unruhe ist?

Wie Unrecht sich unter dem Deckmantel des «Rechtsstaates» breitmachen kann, hat gerade die «Zürcher Unruhe» gezeigt. Oder was ist das für ein Rechtsstaat, der

- die Aufführung eines universitätseigenen Videofilms verbietet, damit das Volk nicht sehen darf, was es bezahlt
- einen Lehrauftrag in Ethnologie streichen kann, nicht weil dieser wissenschaftlichen Kriterien, sondern weil er politischen Vorurteilen widerspricht
- ohne begründeten Anlaß vermeintliche «Drahtzieher» einer Demonstration in Polizeiverhaft nimmt
- den Jugendlichen die Befolgung der Gesetze abverlangt, während die Behörden einen illegalen Sender ins städtische Kabelnetz aufnehmen, um seine obrigkeitstreudliche Berichterstattung zu honorieren
- die Jugendlichen auf Gewaltlosigkeit verpflichtet, aber nicht in der Lage ist, die Prügelstrafe in der Schule zu verbieten
- wegen zerbrochenen Fensterscheiben und entwendeten Gegenständen (die teilweise den Besitzern zurückgebracht wurden) massivste Polizeieinsätze für Millionen von Franken inszeniert, während er den Diebstahl an öffentlichem Eigentum, der durch Steuerhinterziehung begangen wird, kaum verfolgt (1956 hat übrigens eine antikommunistisch eingestellte Obrigkeit die Zerstörung fremden Eigentums stillschweigend hingenommen)
- zuläßt, daß — wie am 12. Juli — 350 Polizisten gegen 200 Jugendliche eingesetzt und daß dabei ganze Quartiere mit Tränengas eingenebelt werden, um sie für den Verkehr freizuhalten beziehungsweise den Anwohnern den ortsüblichen Straßenlärm zu gewährleisten?

Letztlich wird der mißverstandene Rechtsstaat zur Ideologie, die klammheimlichen Vernichtungswünschen zu einem guten Gewissen verhilft. Er soll — wie es in einer Stellungnahme der SVP heißt — «mit aller Härte und mit jedem als geboten scheinenden Mittel» gegen die

«Krawallbrüder und Chaoten» vorgehen, die «keine Schonung verdienen». Und das in Situationen, in denen dieses Rezept Verletzte und sogar Tote zur Folge haben könnte!

Es ist der Zerfall demokratischer Werte, die Verluderung auch der politischen Sprache, wodurch Sprachverweigerung als Reaktion möglich, im Sinn eines Moratoriums vielleicht sinnvoll wird. Jedenfalls geriet das helvetische Ritual dialogfreien Redens wüst durcheinander, als an der Fernsehsendung «Telebühne» gegenüber dem Trio Oehen/Gilgen/Cincera die Argumente für einmal durch symbolträchtige Seifenblasen ersetzt wurden oder als das «Ehepaar Müller» während einer «CH»-Sendung dem versammelten Pantoffelvolk einen makabren Sprachspiegel vorhielt. (Der Ruf nach Ausbürgerung der «Anna Müller» zeigt allerdings, daß die andern, die selber im «Packeis» stecken, durch solche Sprachverweigerung erst recht veranlaßt werden, ihre Aggressionen gegen die falsche Seite zu richten.)

«Keine Macht für niemand!»

Was die Jugend will, ist Autonomie, um die eigene Sprache und Identität zu finden. Autonomie ist das Strukturprinzip, das in der Tat der kollektiven und solidarischen Selbstverwirklichung am besten entspricht. Warum soll nicht in autonomen Jugendzentren wieder jene Demokratie eingeübt werden, die unseren staatlichen Körperschaften, auch unseren «autonomen» Gemeinden, immer mehr abhanden kommt? Warum soll hier nicht ein Ersatz für die leblos gewordenen Jugendvereine entstehen, die früher die Funktion hatten, demokratische Lernprozesse in Gang zu bringen? Warum begegnet die Forderung nach Autonomie so viel Unverständnis, insbesondere bei jenen, die sonst nicht genug auf ihre «Privatautonomie» pochen können? Warum die Empörung, wenn Jugendliche sich zum Landsgemeindeprinzip bekennen? Warum wird ihr Mißtrauen gegenüber jeder Führung, gegenüber jeder Abtretung von Entscheidungsbefugnissen, gegenüber jeder Macht außerhalb der eigenen Vollversammlung nicht als urdemokratisch empfunden, Rousseau weit näher als die offizielle Politik?

Gewiß kann Autonomie falsch verstanden werden: als Bruch mit dem *Contrat Social*; als Rückfall in den «Naturzustand», in dem alle gegen alle antreten, etwa nach dem Motto: «Laßt das unbekannte Tier in Euch los» (Stilett); als selbstzerstörerische Absage an jede Rechtsordnung, selbstzerstörerisch deshalb, weil auch Autonomie des Schutzes durch das Recht nicht entraten kann. (Auch nicht des Schutzes durch die Politik, wie die sozialdemokratische Trägerschaft für das am 28. Juni endlich bewilligte Autonome Jugendzentrum zeigt.) Gewiß ist die Jugendbewegung nicht frei von solchen Mißverständnissen. Wo auch

sollte sie Autonomie gelernt haben? Gefragt ist aber nicht «Distanzierung», sondern kritische Solidarität. Und wenn schon Distanzierung, dann bitte auch gegenüber den Ausschreitungen der Staatsgewalt, gegenüber den Sprachexzessen von Boulevard- wie von Nobelblättern, gegenüber dem Druck auf Medienschaffende, gegenüber der Polizeihatz auf mißliebige Journalisten, gegenüber den Konzernen, die durch Inseratboykott die Pressefreiheit unterlaufen, natürlich auch gegenüber den Drahtziehern dieses Boykotts, die in der Redaktion der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» sitzen!

Der Ruf nach «keiner Macht für niemand» signalisiert den möglichen Beginn einer Kulturrevolution, die uns not tut: einer solidarischen Abkehr vom «Zeitalter des Narzissmus», wie Christopher Lasch die kollektive Seelenkrankheit ichverliebter, konsumwütiger, aber kontaktunfähiger Individuen im «sterbenden Spätkapitalismus» genannt hat, wo der Leidensdruck des Systems durch Selbstverhätschelung kompensiert wird. Die rechtsbürgerliche Gegenreformation nach 1968 ist am Ende. Gesucht werden neue Wege des «aufrechten Gangs».

PS Nach der Niederschrift dieses Beitrags hat der Zürcher Stadtrat das Autonome Jugendzentrum geschlossen, unter dem Vorwand krimineller Begleitphänomene, wie sie nicht anders zu erwarten waren. Ein wichtiges, alles in allem verheißungsvolles Experiment findet damit sein Ende, «vorläufig», wie es heißt. Zürichs Sozialisten fällt einmal mehr die Aufgabe zu, zwischen den unfähig Herrschenden und den verzweifelnden Betonkindern einen Cordon sanitaire der politischen Vernunft zu ziehen, den echten Rechtsstaat doch noch zu verwirklichen, die wahre Autonomie doch noch möglich zu machen.

Hinweis auf ein Bulletin

Finanzplatz-Informationen. Informationen zum Finanzplatz Schweiz und Argumente zur Bankeninitiative. Herausgeber: Aktion Finanzplatz Schweiz — Dritte Welt, c/o Erklärung von Bern, Gartenhofstraße 27, 8004 Zürich.

Im Juni dieses Jahres ist die erste Nummer der Finanzplatz-Informationen erschienen. Von Urs Haymoz redigiert, bieten sie eine unentbehrliche Argumentationshilfe für die Bankeninitiative. Die Inseratenschwemme, mit der selbstgefällige Banken aus Plage Wohltat machen wollen, kann an den Fakten nichts ändern. Nur sollten wir diese Fakten auch kennenlernen und weitersagen.

Geplant ist die Herausgabe von jährlich drei bis vier Bulletins. Diese können bei der Erklärung von Bern (01 - 242 69 00) bezogen werden. Die Kosten je Nummer belaufen sich auf Fr. 2.—. Wer mehr einzahlt, unterstützt damit eine notwendige Informationsarbeit.

Willy Spieler